

MDI-Recherche

Schutz jüdischer Einrichtungen in den Bundesländern

August 2021

ZUSAMMENFASSUNG

Nach dem Anschlag in Halle versprachen Bund und Länder, jüdische Gemeinden besser dabei zu unterstützen, Synagogen und andere Einrichtungen zu schützen. In allen Ländern wurden Schutzmaßnahmen überprüft und mehrere Millionen Euro für deren Verbesserung zugesagt. Die Ausgangslage war katastrophal: Wenige Synagogen waren gut geschützt. Gemeinden mussten Maßnahmen wie Zäune, Poller, Einlassschleusen oder Videoüberwachung häufig selbst finanzieren. Viele konnten das nicht stemmen oder die Ausgaben gingen auf Kosten des Gemeindelebens.

Eine Recherche des MEDIENDIENSTES zeigt: Das Schutzniveau hat sich deutlich verbessert; die zugesagten Gelder kommen nach und nach bei den Gemeinden an. Dennoch gibt es immer noch einige Probleme: In manchen Bundesländern bleiben Gemeinden weiterhin auf den Kosten sitzen oder können sich bestimmte Vorkehrungen nicht leisten, da es eine Selbstbeteiligung gibt oder privates Wachpersonal nicht finanziert wird. Das brauchen jedoch viele Gemeinden, da dort die Polizei Synagogen nur bei besonderen Veranstaltungen bewacht. Darüber hinaus berichten Gemeinden von bürokratischen Hürden, die verhindern, dass Schutzmaßnahmen schnell umgesetzt werden können. In mehreren Ländern wurde erst ein Bruchteil der zugesagten Gelder ausgezahlt. Zuletzt fehlt in einigen Bundesländern eine langfristige Strategie – sie sehen den Schutz von Einrichtungen mit dem einmaligen Zuschuss als abgeschlossen an.

Zur Umfrage: Der MEDIENDIENST hat alle Bundesländer gefragt, wie viele Gelder seit dem Anschlag in Halle für den Schutz jüdischer Einrichtungen zugesagt wurden, wie viele Gelder ausgezahlt wurden, ob es eine Selbstbeteiligung für die Gemeinden gibt, ob auch Kosten für private Sicherheitsdienste übernommen werden, ob sichergestellt wird, dass Sicherheitsvorkehrungen nicht auf Kosten des Gemeindelebens gehen und ob es eine langfristige Strategie dafür gibt, die Gemeinden zu schützen.

Antworten der Bundesländer

Baden-Württemberg

- **Zugesagt:** Nach dem Anschlag in Halle stellte Baden-Württemberg den beiden Israelitischen Religionsgemeinschaft für 2019, 2020 und 2021 je eine Million Euro für Schutzmaßnahmen von Einrichtungen zur Verfügung, bei Bedarf eine weitere Million.
- **Ausgezahlt:** Die Mittel wurden bewilligt, Maßnahmen werden aktuell umgesetzt.
- **Sicherheitsdienst:** Für Sicherheitsdienste und Alarm- und Meldesysteme steht für die nächsten drei Jahre eine weitere Million Euro zur Verfügung.
- **Selbstbeteiligung:** Die Mittel sind getrennt von den Geldern, die zur Unterstützung für das Gemeindeleben ausgezahlt werden. Jedoch müssen die Israelitischen Religionsgemeinschaften einen Eigenanteil zwischen 5 und 20 Prozent der Sicherheitskosten selbst tragen.
- **Langfristige Strategie:** Das Land plant, auch in Zukunft einen Teil der Schutzmaßnahmen zu finanzieren.

Quelle: Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

Bayern

- **Zugesagt:** Bayern stellte bereits vor dem Anschlag in Halle vergleichsweise viele Mittel für den Schutz jüdischer Einrichtungen bereit. Nach dem Anschlag hat das Land für 2019/2020 zusätzlich acht und für 2021 weitere drei Millionen Euro für den Schutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt.
- **Ausgezahlt:** Das Land hat 8,4 Millionen Euro freigegeben, bereits umgesetzt wurden Maßnahmen in Höhe von 3,2 Millionen Euro.
- **Sicherheitsdienst:** Es sind zusätzliche Mittel für Sicherheitsdienste eingeplant.
- **Selbstbeteiligung:** Es gibt keine Selbstbeteiligung für die Gemeinden.
- **Langfristige Strategie:** Das Land plant auch weiterhin, die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen zu übernehmen.

Quelle: Bayerisches Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration

Brandenburg

- **Zugesagt:** Brandenburg hat vor dem Anschlag in Halle fast keine Schutzmaßnahmen finanziert. Das hat sich in Reaktion auf den Anschlag geändert: 2020 wurden 500.000 Euro und 2021 nochmals 200.000 Euro bereitgestellt.
- **Ausgezahlt:** Das Geld für 2020 wurde voll ausgezahlt, für 2021 bisher rund 80.000 Euro.
- **Sicherheitsdienst:** Das Land übernimmt nicht die Kosten für einen Wachdienst.

- **Selbstbeteiligung:** Es gibt keine Selbstbeteiligung für die Gemeinden und die Gelder sind getrennt von den Zuschüssen für das Gemeindeleben.
- **Langfristige Strategie:** Brandenburg geht davon aus, dass es in Zukunft vor allem Gelder für die Wartung der Schutzvorkehrungen braucht.

Quelle: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Berlin

- **Zugesagt:** Das Sicherheitsniveau an jüdischen Einrichtungen in Berlin ist sehr hoch. Berlin übernimmt die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen und hat diese schon vor dem Anschlag in Halle getan. Für 2020/2021 hat das Land zusätzlich einen „Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch-extremistischer Gewalt“ eingerichtet, bei dem auch jüdische Einrichtungen Gelder beantragen können. Insgesamt stehen eine Million Euro jährlich zur Verfügung.
- **Ausgezahlt:** Jüdische Gemeinden haben bisher Gelder in Höhe von 140.000 Euro beantragt. Vermutlich werden alle genehmigt.
- **Sicherheitsdienst:** Das Land übernimmt die Kosten für private Sicherheitskräfte.
- **Selbstbeteiligung:** Die Mittel sind unabhängig von den Geldern, die zur Unterstützung des Gemeindelebens ausgezahlt werden. Es gibt keine Selbstbeteiligung.
- **Langfristige Strategie:** Das Land plant auch weiterhin, die Kosten für technische Sicherheitsmaßnahmen zu übernehmen.

Quelle: Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Bremen¹

- **Zugesagt:** 2001 wurden an der Bremer Synagoge Schutzmaßnahmen und seitdem Wartungsarbeiten oder Ergänzungen finanziert. Nach dem Anschlag in Halle deswegen keine Notwendigkeit, weitere Maßnahmen zu finanzieren.
- **Selbstbeteiligung:** Es gibt keine Selbstbeteiligung für die Gemeinden, Schutzmaßnahmen wurden zusätzlich zu den Landesleistungen finanziert.
- **Langfristige Strategie:** Das Land plant, Schutzmaßnahmen auch in Zukunft zu fördern.

Hamburg

- **Zugesagt:** Nach dem Anschlag hat Hamburg zusätzliche 600.000 Euro für den Schutz jüdischer Einrichtungen zugesagt.
- **Ausgezahlt:** Das Land gibt hierzu keine Auskunft.

¹ Die Antwort wurde nachträglich ergänzt.

- **Sicherheitsdienst:** Die Kosten für einen privaten Sicherheitsdienst werden seit dem Anschlag in Halle vollständig übernommen.
- **Selbstbeteiligung:** Es gibt keine Selbstbeteiligung für die Gemeinden. Die Gelder für Schutzmaßnahmen sind unabhängig von den Geldern für das Gemeindeleben.
- **Langfristige Strategie:** Das Land plant, Schutzmaßnahmen dauerhaft zu fördern und anzupassen.

Quelle: Senatskanzlei

Hessen

- **Zugesagt:** 2020 hat Hessen 4,6 Millionen Euro für den Schutz jüdischer Einrichtungen bereitgestellt und 2021 und 2022 je 4 Millionen Euro zugesagt.
- **Ausgezahlt:** Die Mittel werden in der Regel erst gezahlt, wenn die Projekte abgeschlossen sind; das ist noch nicht der Fall.
- **Sicherheitsdienst:** Das Land stellt keine Mittel für einen Sicherheitsdienst zur Verfügung.
- **Selbstbeteiligung:** Die Gelder sind unabhängig von den Töpfen für das jüdische Gemeindeleben. Bei den Schutzmaßnahmen gibt es keine Selbstbeteiligung.
- **Langfristige Strategie:** Das Land will nötige Schutzmaßnahmen auch zukünftig fördern.

Quelle: Ministerium des Innern und für Sport

Mecklenburg-Vorpommern

- **Zugesagt:** Das Land hat 2020 für die Gemeinde Rostock rund 1,5 Millionen Euro bereitgestellt. Für die Gemeinde Schwerin wird sich die Zusage voraussichtlich auf 1,4 Millionen Euro belaufen.
- **Ausgezahlt:** Für Rostock wurden bislang rund 28.000 Euro ausgezahlt, die Gelder können aber auf die kommenden Jahre übertragen werden, da Projekte noch laufen.
- **Sicherheitsdienst:** Bisher werden die Kosten für einen Sicherheitsdienst nicht übernommen, vermutlich wird sich das 2022 ändern.
- **Selbstbeteiligung:** Es gibt keine Selbstbeteiligung und die Mittel sind unabhängig von der Finanzierung des Gemeindelebens.
- **Langfristige Strategie:** Es sind einmalige Zuschüsse. Ab 2022 sollen in den Geldern für das Gemeindeleben auch Mittel für Schutzmaßnahmen vorgesehen werden, der jährliche Betrag soll deutlich steigen.

Quelle: Justizministerium

Niedersachsen

- **Zugesagt:** Niedersachsen hat 2020 nach dem Anschlag in Halle für den Schutz jüdischer Einrichtungen 2 Millionen Euro zugesagt.

- **Ausgezahlt:** Das Geld wurde vollständig an die Gemeinden ausgezahlt.
- **Sicherheitsdienst:** Gemeinden können das Geld für einen Wachdienst verwenden, separate Mittel sind dafür nicht vorgesehen.
- **Selbstbeteiligung:** Es gibt keine Selbstbeteiligung. Die Gelder für Schutzvorkehrungen werden nicht getrennt von den Mitteln für das Gemeindeleben geführt.
- **Langfristige Strategie:** Es handelt sich um eine einmalige Aufstockung. Niedersachsen hat aber insgesamt die Mittel für jüdischen Landesverbände auf 5,17 Millionen Euro jährlich angehoben; die Zuschüsse lagen vorher unter dem Durchschnitt anderer Bundesländer.

Quelle: Kultusministerium

Nordrhein-Westfalen

- **Zugesagt:** Schon vor dem Anschlag in Halle finanzierte NRW umfassend Schutzmaßnahmen. Für 2019 waren 3,5 Millionen Euro, für 2020 und 2021 nach einer Aufstockung je 6,5 Millionen Euro vorgesehen.
- **Ausgezahlt:** 2020 wurden davon 3,18 Millionen Euro an jüdische Gemeinden ausgezahlt.
- **Sicherheitsdienst:** Kosten für private Sicherheitsdienste werden übernommen.
- **Selbstbeteiligung:** Es gibt keine Selbstbeteiligung für die Schutzmaßnahmen. Die Gelder sind getrennt von den Mitteln für das Gemeindeleben.
- **Langfristige Strategien:** Das Land wird auch in Zukunft Geld für Schutzmaßnahmen zur Verfügung stellen.

Quelle: Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung

Rheinland-Pfalz

- **Zugesagt:** 2020 hat das Land für Schutzmaßnahmen 241.000 Euro bewilligt. Für 2021 ist die Planung noch nicht abgeschlossen.
- **Ausgezahlt:** 2020 wurden 197.000 Euro ausgezahlt.
- **Selbstbeteiligung:** Es gibt keine Selbstbeteiligung. Die Mittel sind getrennt von der Finanzierung des Gemeindelebens.
- **Sicherheitspersonal:** Kosten für Sicherheitspersonal werden nicht übernommen.
- **Langfristige Strategie:** Es handelt sich um eine einmalige Aufstockung. Das Land geht davon aus, dass danach keine Mittel für bauliche Maßnahmen nötig sind, außer das LKA stellt einen weiteren Bedarf fest.

Quelle: Ministerium der Finanzen

Saarland

- **Zugesagt:** Das Saarland hat dem Innenministerium zufolge ein hohes Schutzniveau für jüdische Einrichtungen. Nach dem Anschlag von Halle seien die Gemeinde und die Polizei darüber einig gewesen, dass es keine zusätzlichen Investitionen brauche.
- **Sicherheitsdienst:** Das Saarland bezuschusst einen Sicherheitsdienst, 2020 in Höhe von 75.000 Euro.
- **Selbstbeteiligung:** Die meisten Schutzvorkehrungen hat die Gemeinde Saar selbst finanziert. Das Land hat sich an manchen Ausgaben beteiligt.

Quelle: *Ministerium für Inneres, Bauen und Sport*

Sachsen

- **Zugesagt:** Das Land nach dem Anschlag 4,9 Millionen Euro für 2021 und für 2022 1,3 Millionen Euro für Schutzmaßnahmen zugesagt. Vor dem Anschlag waren für 2020 nur 100.000 Euro veranschlagt gewesen.
- **Ausgezahlt:** Bisher wurden rund 226.000 Euro ausgezahlt.
- **Sicherheitsdienst:** Für private Sicherheitsdienste hat das Land 600.000 Euro pro Jahr eingeplant.
- **Selbstbeteiligung:** Die Mittel sind unabhängig von denen für das jüdische Gemeindeleben. Es gibt keine Selbstbeteiligung.
- **Langfristige Strategie:** Das Land plant, Sicherungsmaßnahmen dauerhaft zu finanzieren.

Quelle: *Staatsministerium für Kultus*

Sachsen-Anhalt

- **Zugesagt:** Nachdem die Gemeinde in Halle/Saale vor dem Anschlag offensichtlich nicht ausreichend geschützt wurde, stellte das Land Sachsen-Anhalt 2020 für Schutzmaßnahmen 840.000 Euro zur Verfügung, 2021 rund 1,5 Millionen Euro.
- **Ausgezahlt:** 2020 wurden 890.000 Euro ausgezahlt.
- **Sicherheitsdienst:** Ein privater Wachdienst wird finanziert, mit einer Höchstgrenze von 50.000 Euro pro Einrichtung im Jahr.
- **Selbstbeteiligung:** Es gibt keine Selbstbeteiligung für die Gemeinden. Die Mittel sind unabhängig von den Geldern für das Gemeindeleben.
- **Langfristige Strategie:** In einer Zusatzvereinbarung haben das Land und die Jüdische Gemeinschaft vereinbart, dass das Land zukünftig die Kosten für Schutzmaßnahmen und deren Wartung übernimmt.

Quelle: *Ministerium für Inneres und Sport*

Schleswig-Holstein

- **Zugesagt:** Das Land stellt jährlich 90.000 Euro für Sicherheitsmaßnahmen zur Verfügung. Nach dem Anschlag in Halle wurden einmalig 320.000 Euro zugesagt. Ab 2022 stehen jährlich 50.000 Euro für die Wartung zur Verfügung.
- **Ausgezahlt:** 2020 wurden 382.000 Euro ausgezahlt.
- **Sicherheitsdienst:** Geld für einen privaten Sicherheitsdienst ist nicht vorgesehen.
- **Selbstbeteiligung:** Es gibt keine Selbstbeteiligung. Die Mittel sind unabhängig von den Geldern für das Gemeindeleben.
- **Langfristige Strategie:** Das Land plant ab 2022 Mittel für die Wartung der Schutzvorrichtungen ein.

Quelle: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Thüringen

- **Zugesagt:** Thüringen hat 2020 rund 235.000 Euro und 2021 rund 155.000 Euro für den Schutz jüdischer Einrichtungen zugesagt.
- **Ausgezahlt:** Die Gelder für 2020 wurden voll ausgezahlt.
- **Sicherheitsdienst:** Die Gemeinden müssen für private Sicherheitsdienste selbst aufkommen.
- **Selbstbeteiligung:** Es gibt keine Selbstbeteiligung für die Gemeinden. Die Mittel sind unabhängig von Geldern für das Gemeindeleben.
- **Langfristige Strategie:** Das Land Thüringen will den Schutz jüdischer Einrichtungen dauerhaft fördern.

Quelle: Thüringer Staatskanzlei